

Calmer Tagblatt

Nr. 112.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Verlagspreis: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Kleinplattige Seite 60 Pf. wöchentlich. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 4.

Mittwoch, 18. Mai 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.50 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 12.90 mit Befehlsgeb. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr mittags.

Neigung der Polen zum Rückzug in Oberschlesien?

Ein eigenartiges Telegramm der Aufrehrer an die interalliierte Kommission.

Doppel, 17. Mai. Der polnische Exekutivausschuss, an dessen Spitze Korjanty steht, hat an die interalliierte Kommission in Duppeln ein Telegramm folgenden Inhalts gerichtet: Oberschlesien hat sich 12 Tage lang im Aufstand befunden. Das polnische Volk hat niemals den Anspruch erhoben, durch Gewalt zu triumphieren (!), aber es hat sein Leben für seine heiligen Rechte (!) hingegeben. Der Ausschuss gibt zu, daß in der Leidenschaft des Aufstandes die Grenzen der Klugheit überschritten worden sind. Aber unsere begeisterten Streitkräfte sind nunmehr bereit, einen Rückzug anzutreten, groß genug, um zu sichern, daß die Feindseligkeiten mit den Deutschen sofort aufhören, vorausgesetzt, daß das Gebiet, das sie räumen, von alliierten Truppen und nicht von deutschen Truppen besetzt wird. Wir wollen keinen Zoll Boden an die Deutschen überlassen, aber wir werden ihn der interalliierten Kommission überlassen. Wir bitten demgemäß, daß die geräumte Zone von den Alliierten besetzt wird, sobald die polnische Bevölkerung nicht unter Vergeltungsmassnahmen zu leiden hat, wie sie bereits vorgekommen sind. (?)

Stimmen der Berliner Presse zum Korjanty-Telegramm.

Berlin, 18. Mai. Das Rückzugstelegramm Korjantys an die Interalliierte Kommission betrachten die Blätter als das Eingeständnis, daß Korjanty sein Unternehmen als gescheitert anseht. Gleichzeitig erkläre aber die Blätter in dem Telegramm ein Manöver des Insurgentenführers, um auf einem Umweg zu Verhandlungen über die Festsetzung einer Demarkationslinie zu gelangen und erwarten von der Interalliierten Kommission, daß sie den Winkeln Korjantys klare und entschiedene Forderungen gegenüberstellt.

Die „Post-Zeitung“ schreibt, die einzige Antwort der Entente-Kommission kann nach Lage der Dinge nur darin bestehen, daß sie vor allen Dingen die Ablieferung sämtlicher Waffen, die Auslieferung der Rädelsführer und die vollständige und unverzügliche Räumung des ganzen Abstimmungsgebietes verlangt.

Auch die „Germania“ fordert die völlige Wiederherstellung der Herrschaft der Interalliierten Kommission im ganzen Abstimmungsgebiet und verlangt vor allem Sühne für die vielen Verbrechen, die vorgekommen sind.

Der „Vorwärts“ schreibt: Der Aufstand als solcher war ein Verbrechen und ist als ein solches von der Interalliierten Kommission zu behandeln.

Die „Freiheit“ führt die Liquidierung des Aufstandes auf den Druck der Entente zurück und betont: Nachdem die Alliierten diesen ersten Erfolg erzielt haben, entsetzt ihnen die weitere Pflicht, die Bestimmungen des Friedensvertrags über Oberschlesien restlos durchzuführen. Bis zur letzten Ausführung des Ententebeschlusses über die Festlegung der Grenze ist die Interalliierte Kommission ganz allein für die Erhaltung der Ordnung in Oberschlesien und für den Schutz der Einwohner verantwortlich.

Wie die „Post-Zeitung“ meldet hat Korjanty gleichzeitig mit der Abendung seines Telegramms an die Interalliierte Kommission einen Aufruf an die Insurgenten gerichtet, in dem er die selbständige Demobilisierung der Mannschaften mit der Aufforderung sanktioniert, daß alle, die nicht erforderlich seien, möglichst bald zur Arbeit zurückkehren sollen. Zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens sei es notwendig, daß man die Beamten wieder in ihre Funktionen einsetze. Wenn noch einige, so wird weiter in dem Aufruf gesagt, unter ihnen der persönlichen Freiheit beraubt sind, so sollen sie unverzüglich in Freiheit gesetzt werden. — Ein Tagesbefehl des obersten Feldherrn der Aufständischen, Dolowa, besteht die strikte Befolgung des Aufrufs.

Im Gegensatz zu diesem Korjanty-Aufruf steht eine Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Kreuzburg, der zufolge dort die Polen seit gestern abend mit harten Kräften angreifen. Der Hauptstoß richtet sich auf Gohlse. Ein gleichzeitiger Angriff aus Uchütz konnte abge schlagen werden. Durch eine föhliche Umfassung versuchen die Polen sich in den Besitz des Eisenbahnknotenpunktes Hellewald zu setzen.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Beuthen ist dort die Lebensmittelnot weiter gestiegen. Besonders das Kinderelend ist sehr groß. Sowohl in Beuthen wie in Kattowitz gibt es kein Fleisch, keine Eier und keine Milch.

Einer weiteren Meldung des „Berliner Tageblatts“ zufolge ist der englische Kreisfunktrollleur von Tarnowij Pjingsfen von den Insurgenten verschleppt worden. Durch List ist es ihm gelungen nach Tarnowij zurückzukehren, wo er in einer Klinik Aufnahme fand.

Gestern fanden in Berlin drei große Kundgebungen statt, bei denen von bekannten Parlamentariern gegen den Versuch einer Teilung Oberschlesiens protestiert wurde. In einer Entschlieung wird gefordert, daß die Entente für die Sicherheit in Oberschlesien sorgen soll. Nur wenn Oberschlesien bei Deutschland verbleibe, könne es an der europäischen Aufbauarbeit teilnehmen.

Die polnische Schreckensherrschaft.

Berlin, 17. Mai. Aus Oberschlesien lagen bis heute vormittag nur wenige Berichte vor, die aber erkennen lassen, daß die Lage unüberändert ist. Im Kreise Beuthen und im Kreise Kofel haben Schießereien stattgefunden. Bei Kofelw wurde sehr hart mit Minen geschossen.

Nach einer Meldung des „Lokalanzeigers“ wurden in Kofel, nachdem die Stadt von den Italienern verlassen worden war, sieben Deutsche, die sich an der Verteidigung des Ortes an der Seite der Italiener beteiligt hatten, aus den Betten geholt und erschossen.

Aus Bismarckhütte und Friedenshütte wird berichtet, daß die Frauen der dortigen wohlhabenden Deutschen gezwungen wurden, die Straßen zu reinigen und die Tische und Bänke für die Korjantysgarde zu scheuern. Die Wohnungen des Bürgertums, insbesondere Weinkeller, wurden von den Insurgenten geplündert.

Aus Warschau liegen Berichte vor, daß die Werksbetriebe trotz des Verbots der Warschauer Regierung ihre Tätigkeit fortsetzen, nur mit dem Unterschied, daß dies früher offen, jetzt aber verbott in noch viel größerer Weise geschieht. Auch die Werbung für die Freiwilligen-Bataillone wird in größerem Umfange fortgesetzt.

Kauden, 17. Mai. Die polnischen Insurgenten haben bei Befehung des hiesigen, dem Herzog von Ratibor gehörenden, Schlosses in schamloser Weise geplündert. Dem Herzog ist das Auto und der Schmuck der Herzogin, sowie der zu Gast weilenden Fürstin von Dettingen geraubt worden. Ebenso wurden sämtliches Silber, sowie die Kleider und die Schuhe des Erbprinzen und alle vorhandenen Geldmittel geraubt. Die Pferde auf dem Marktplatz wurden von den Insurgenten als Beute weggeführt.

Kattowij, 17. Mai. Korjanty befindet sich, wie hier einwandfrei festgestellt wurde, in Schoppinitz, wo er in einer Villa Wohnung genommen hat. Das Hauptquartier der polnischen Insurgenten ist gleichfalls in Schoppinitz. Der Stab liegt in dem dortigen evangelischen Pfarrhaus.

Ratibor, 17.-Mai. Nachrichten aus Kattowij zufolge nehmen die Verpflegungsschwierigkeiten bei den polnischen Insurgenten großen Umfang an. Desgleichen ist der Mangel an Zahlungsmitteln im Wachsen. Die Kattowijer Heerführer verzweifeln die Insurgenten damit, daß sie die Kampfplage als verfahren Schichten bezahlt bekommen sollen. Korjanty läßt durch seine Führer Lohnlisten führen, in denen die Kampfplage als Schichten der Insurgenten eingetragen sind. Natürlich werden die industriellen Werke diese Schichten nicht bezahlen. Die Insurgenten werden also um ihr Geld kommen. Eine immer größer werdende Anzahl von ihnen steht das ein und es ist deshalb erklärlich, daß sich die Zahl der Desertionen mehrt. Die Leute lehnen einfach ihr Gewehr an den nächsten Baum und verlassen ihren Posten.

Scharfe Anklagen der deutschen Parteien.

Kattowij, 17. Mai. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens haben gestern folgendes Telegramm an die Interalliierte Kommission in Duppeln gerichtet: Die Aufständischen unterhalten in Kozdjin-Bagno, Kreis Kattowij, ein Internierungslager, in dem mehr als 100 aus dem Aufstandsgebiet verschleppte deutsche Männer, Frauen und Kinder unter dem schwersten Druck gefangen gehalten werden. Polnische Insurgenten holen aus den Urtschaften und Straßenbahnen an Hand von namentlichen Listen Personen heraus und verschleppen sie. Der von den Rebellen eingeführte Paßzwang erhält hierdurch einen ganz neuen Hintergrund. In Josephsdorf, Kreis Kattowij, sind am 14. Mai arbeitswillige Deutsche von den Aufständischen festgenommen und auf Befehl des Kommandanten Karl Kofedi mit Peitschenhieben auf den nackten Körper gemißhandelt worden. Derartige Schändlichkeiten werden auch aus Friedenshütte und Lepine (Kreis Beuthen) berichtet. Die gefangenen Deutschen wurden vielfach von den

Insurgenten unter Mißhandlungen und Bedrohungen von den Arbeitsstellen vertrieben. Wir haben noch nicht das schwächste Anzeichen dafür festgestellt können, daß die Interalliierte Kommission irgendwie gegen diese furchtbaren Zustände einschreiten will. Wir stellen nur fest, daß die deutsche Presse an wahrheitsgemäher Berichterstattung behindert wird, damit die Welt eine Darstellung der wirklichen Lage in Oberschlesien nicht erhält. Am 14. Tage des Aufstandes fragen wir die Interalliierte Kommission erneut, was sie zum Schutz der friedlichen Bevölkerung zu tun gedenkt. Wir legen aber nicht den geringsten Wert auf leere Versprechungen, sondern wir wollen Taten. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens.

Korjanty gegen Lloyd George.

Paris, 18. Mai. Der Korrespondent des „Intransigent“ meldet seinem Blatt aus Sosnowica, Korjanty habe ihm am Samstag eine Depesche an Lloyd George gezeigt, in der er die Behauptung zurückweise, daß die polnische Bevölkerung in Oberschlesien eingewandert sei und Lloyd George auffordere, seine ungerechte (?) Beschuldigung zurückzunehmen.

Beseitigung des „Mißverständnisses“ zwischen Lloyd George und Briand.

London, 18. Mai. Halbamtlich verlautet, daß infolge des Meinungsaustausches zwischen der Downingstreet und Paris die Mißverständnisse, die zwischen Briand u. Lloyd George zu bestehen schienen, zum großen Teil beseitigt erschienen. Man halte es für wahrscheinlich, daß ein nichtamtlicher Vertreter der Vereinigten Staaten zur Teilnahme an den Beratungen über Oberschlesien eingeladen werde. Lloyd George sei für gestern abend aus Chequers zurück erwartet worden.

Neuter über die angebliche Haltung der englischen Regierung.

London, 17. Mai. Neuter erfährt, die Haltung der britischen Regierung gegenüber dem Aufstand in Oberschlesien sei ein Festhalten an ihrem fait play gegen Polen sowohl wie gegen Deutschland, eine Haltung, die sich auf den Versailles Vertrag stütze. Großbritannien beabsichtige, loyal seine Verpflichtungen auszuführen, wolle aber keinen Versuch dulden, der Entscheidung des Obersten Rats durch Schaffung eines fait accompli vorzugreifen. Der britische Standpunkt gegenüber der Frage einer Teilung Oberschlesiens sei vollständig unparteiisch. Die Haltung der deutschen Regierung werde als völlig korrekt angesehen, aber das dilatorische Verhalten der Polen, die es unterließen, die Grenze zu Beginn des Aufstandes zu schließen, werde als durch unzufriedenend angesehen.

Frankreichs offensichtliche Politik der Unterstützung Polens.

London, 18. Mai. Briand erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter der Exchange Telegraph-Company, bisher seien bezüglich einer Zusammenkunft mit Lloyd George noch keine Beschlüsse gefaßt worden. Er sagte ferner, Frankreich werde keine neuen Truppen nach Oberschlesien entsenden. Es werde mit dem im Friedensvertrag festgesetzten Truppenkontingent an der Aufrechterhaltung der Ordnung in Oberschlesien teilnehmen. Briand erklärte dann, daß ursprünglich die interalliierte Kommission für die Zuteilung Oberschlesiens an Polen gewesen sei und daß sogar der englische Vertreter diese Ansicht unterstützt habe.

Die Votschasterkonferenz betätigt sich.

Paris, 18. Mai. Wie der „Temps“ mitteilt, hat die Votschasterkonferenz in der letzten Woche einstimmig verlangt, daß die Frage der Entsendung alliierter militärischer Verstärkungen nach Oberschlesien unverzüglich geprüft werde. — Das ist der reinste Hohn. Die Frage soll unverzüglich — geprüft (!) werden. Bis die Prüfung fertig ist, können die Oberschlesier lange unter polnischer Gewalt schmachten.

Die italienischen Entschädigungsforderungen.

Rom, 18. Mai. Die Agencia Stefani meldet, Graf Sforza habe sogleich, nachdem er von den Verlusten der italienischen Truppen in Oberschlesien Kenntnis erhalten hatte, General de Martini beauftragt, Entschädigung zu fordern. Die interalliierte Kommission in Duppeln sollte die Entschädigungssumme auf sieben Millionen italienische Lire fest, die Polen bezahlen muß.

Eine Abordnung polnischer Bauern aus Oberschlesien begab sich nach Warschau zu dem General Romei, der Führer der italienischen Militärkommission, und bot ihm einige Millionen deutscher Mark zugunsten der italienischen Opfer und ihrer Familien an. General Romei habe im Einvernehmen mit der italienischen Gesandtschaft die Annahme dieses Angebots abgelehnt.

Calw
ppen
120.
ankunft
rt.
730 abends
es Restaurants
100 vorm.
reifsonkliche
gen)
30 nachm.
ntreffen Saal
traße.
mit Angehörigen
agen an
Bergstraße 5.
Der Aussch.
ehlung.
ma bietet ich an:
oren
Größe,
raftanlagen
n Anlagen
gen sowie
reibriemen
ngen
ngen
ed. Umfanges.
sämtliche ein-
e ich besonders
n. Ingenieure
und Kollern
unverbindlich.
00s,
nfallation
Anlagen
eonberg
r. 4
inderverbands
Telnach
Ergangwecke
ngen.
abrät Eßlingen
Leins & Co.
Stuttgart.
eidnete bittet noch
Nichtgabe der am
eitag von Hulmader
e bis Wäcker Gehring
en gegangen
dmappe.
Weiß, Krapp.
haltenes
hrad
mit neuer Be-
reifung zu ver-
kaufen.
Ob. Lederstraße
Nr. 91 part.
hren
öhren
arnituren

Die Haltung der amerikanischen Regierung.

Paris, 17. Mai. Havas meldet aus Washington, nach Nachrichten aus amtlichen Kreisen erkläre man, daß die amerikanische Regierung die oberflächliche Frage für eine Angelegenheit von nur europäischem Interesse halte. Man glaube in gut-unterrichteten Kreisen, daß die amerikanische Regierung keinerlei Stellung zu dieser Frage nehmen werde und daß sie bis jetzt keinerlei Maßnahmen getroffen habe, von denen man annehmen könne, daß sie teils zur französischen, teils zur englischen Auffassung neigten, daß jedoch der Wunsch des amerikanischen Volkes sei, daß das Leben in Europa wieder normal werde. So ist die öffentliche Meinung der Ansicht, daß die amerikanische Regierung, wenn sich ein günstiger Augenblick dazu bietet, eingreifen wird, um die beiden Standpunkte zu vereinigen. Man glaubt jedoch, daß eine Lösung ohne Amerika gefunden werden wird. — Die Haltung des neuen Präsidenten ist wirklich bequem. Zuerst trägt Amerika dazu bei, daß wir auf Wilsons Worte hin uns bedingungslos ausliefern, dann erklärt man, daß man kein Interesse an dem Wilsonprogramm mehr habe.

Die amerikanische Presse zur Polenrede Lloyd George's.

London, 17. Mai. Wie aus New York berichtet wird, hofft die amerikanische Presse, daß die Unterhausrede Lloyd Georges über Obereschlesien die Luft reinigen (?) werde. „New York World“ glaubt, daß die Worte des englischen Premierministers ebenso an die Franzosen wie an die Polen gerichtet waren. Das Blatt schreibt: Wenn nicht durch die Festigkeit einer internationalen Autorität, die den Schiffsbruch des Kriegs überdauert hat, das Vertrauen wiederhergestellt wird, dann werden die Folgen fürchterlich sein. — „New York Times“ erklärt, Polen habe kein anderes Recht auf Obereschlesien als das, das der Friedensvertrag ihm gebe. — „New York Globe“ schreibt, die Alliierten seien ebenso verpflichtet, Deutschland gegen einen ungeduldeten polnischen Angriff zu schützen wie umgekehrt. — Wie weiter gemeldet wird, verfolgen die Regierungskreise in Washington die Lage mit Aufmerksamkeit.

Die bisherige Haltung der deutschen Regierung.

Berlin, 17. Mai. Wie die Blätter mitteilen, hat sich das Eingreifen der Reichsregierung in die obereschlesischen Angelegenheiten bisher auf diplomatische Schritte beschränkt, die in London, Paris und Rom unternommen worden sind und in denen die alliierten Regierungen ersucht werden, mit ausreichenden Nachmitteln für eine Wiederherstellung des rechtlichen Zustandes im Abstimnungsgebiet Sorge zu tragen. — Ein militärisches Eingreifen wäre den Polen und Franzosen natürlich nur angenehm gewesen, damit sie ihre Pläne einer Zerstückelung Deutschlands hätten besser ausführen können.

Der Ententendruck in der Entwaffnungsfrage.

Die Ausführungsbestimmungen der Alliierten für die Entwaffnung.

Berlin, 17. Mai. General Kollet, Vorsitzender der Interalliierten Militärkommission, hat unter dem 12. Mai dem Direktor der Friedensabteilung des Auswärtigen Amtes eine Note zugehen lassen, in der die Ausführungsbestimmungen zu der Londoner Note vom 5. Mai, soweit sie die Entwaffnung betreffen, enthalten sind. Die Bestimmungen fordern bezüglich des 100 000-Mann-Heeres Mithilfe der zur Ausführung der von der Kommission bezeichneten Pläne im Besonderen notwendigen Gesehsterte und Abschluß des Übereinkommens der Organisation des Heeres mit den Bestimmungen des Friedensvertrags bis zum 15. Juni. Bezüglich des Kriegsmaterials wird gefordert, daß die von der Kommission festgesetzten Höchstanzahlungen vor dem 20. Mai 1921 mittags 12 Uhr, anerkannt werden. Die Ablieferung des auf Grund dieser Höchstanzahlungen berechneten überschüssigen Materials muß vollständig bewirkt sein für jede Art von Waffen am 10. Juni, für das übrige Kriegsmaterial am 30. Juni. Die Ablieferung der Waffen, die von der Bevölkerung herrühren, muß vor dem 10. Juni vollständig bewirkt sein. Die nicht genehmigte Ausrüstung der Landbesitzungen muß vor dem 31. Mai vollständig abgeliefert sein. Ferner enthält die Note Bestimmungen über die Auflösung und Entwaffnung der Selbstschützorganisationen. Ihre Auflösung muß bis zum 30. Juni bewirkt werden. Die Liste der von der deutschen Regierung aufzulösenden Organisationen muß vor dem 31. Mai der Kommission mitgeteilt sein. Die Entwaffnung muß vor dem 10. Juni vollständig bewirkt sein. Der Rest an Waffen und Munition muß bis zum 20. Juni abgeliefert sein. In einem weiteren Abschnitt enthält die Note Bestimmungen über die Polizei, deren Organisation und Stärke mit den Bestimmungen der Noten von Voulgogne und Paris in Einklang gebracht werden müssen. Insbesondere besteht die Kommission darauf, der heiligen „grünen Polizei“ den Charakter einer mobilen militärischen Streitmacht zu nehmen. Die Probezeit und die kurzfristige Dienstzeit sind abzuschaffen. Jeder Personalanstellung zwischen Polizei und Heer ist zu untersagen. Den Polizeischulen ist wieder ihr Vorkriegscharakter zu geben. Alle Polizeiförderungsmittel sind abzuschaffen und schließlich die Gesamtstärke aller Polizeikategorien, der uniformierten und der nichtuniformierten, auf die Zahl von 150 000 Mann herabzusetzen. Die hierzu notwendigen Umbildungen müssen vor dem 10. Juli durchgeführt und die entsprechenden Anweisungen der Kommission vor dem 15. Juni mitgeteilt werden. Die Waffen und die Munition jeder Art, welche nicht genehmigt sind und sich noch in Händen der Polizei befinden, müssen vor dem 31. Mai abgeliefert werden. Vor dem 20. Mai, mittags 12 Uhr, hat die deutsche Regierung der Kommission mitzuteilen, daß sie die Liste der Fabriken, die Kriegsmaterial herstellen dürfen, anerkennt. Der von den militärischen und maritimen Kontrollkommissionen am 7. April geforderte Gesehsterte zur Wirksammachung der in den Artikeln 170 und 192 des Friedensvertrags festgesetzten Ein- und Ausfuhrverbote für Kriegsmaterial ist den Kommissionen spätestens bis 30. Juni mitzuteilen. Die Note stellt ferner ein Ersuchen um Sicherstellung der Freiheit der Kontrolle und fordert, daß die zu diesem Zweck ergangenen Anweisungen der Kommission vor dem 20. Mai, mittags 12 Uhr, mitzuteilen sind.

Die Entwaffnungsbestimmungen bezüglich des Luftfahrwesens.

Berlin, 17. Mai. Die Interalliierte Luftfahrkontrollkommission hat unter dem 13. Mai an das Auswärtige Amt eine Note gerichtet, in der sie vor dem 18. Mai um Mitteilung derjenigen Maßnahmen bittet, die die deutsche Regierung ergreifen hat, um die Durchführung der Bestimmungen der alliierten Regierungen hinsichtlich des Luftfahrwesens zu sichern. Die Begriffsbestimmungen, die von den alliierten Mächten zur Unterscheidung der zivilen Luftschiffahrt von der in Art. 198 des Friedensvertrags unterjagten Militärflugschiffahrt aufgestellt sind, sollen der deutschen Regierung binnen kurzem mitgeteilt werden. Als Anlage zu der Note ist ein Schriftstück beigelegt, wonach 1. die Nachforschungen nach verdecktem Material von der deutschen Regierung zu erleichtern und alle die Artikel 202 vorgesehenen Ablieferungen vor dem 15. Mai 1921 zu beenden sind, 2. die Fabrikation und Einfuhr von Luftfahrzeugmaterial erst drei Monate nach dem Tage wieder aufgenommen werden kann, an dem die Interalliierte Luftfahrkontrollkommission anerkannt haben wird, daß der Artikel 202 vollständig ausgeführt ist, 3. Deutschland die für die Zerstückelung von Zeppelinen verlangte Entschädigung leisten muß, 4. Deutschland vor dem 31. Mai 1921 25 Millionen Mark zahlen muß, 5. Deutschland die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 8. November 1920 befolgen muß, wonach die Verwendung von Flugzeugen seinen Polizeiformationen unterjagt wird. In der Antwortnote des Auswärtigen Amtes heißt es, die deutsche Regierung werde bemüht sein, das in Deutschland noch verbleibende Luftfahrgerät mit größter Beschleunigung zu erfassen. Sie werde die Nachforschungen der Kontrollkommission nach solchem Gerät in jeder Weise erleichtern. Es würden in kürzester Zeit die geforderten Maßnahmen getroffen werden, um die Ausführung der Entscheidung von Voulgogne über die Herstellung und die Einfuhr von Luftfahrgerät sicherzustellen. Die deutsche Regierung werde die für die Zerstückelung von Zeppelinformationen seien nicht im Besitz von Flugzeugen und würden auch in Zukunft nicht mit solchen ausgestattet werden. Die deutsche Regierung werde die Begriffsbestimmungen anerkennen, die von den alliierten Regierungen aufgestellt würden, um die zivile Luftfahrt von der in Art. 198 verbotenen militärischen Luftfahrt zu unterscheiden.

Zur auswärtigen Lage.

Wozu die deutschen Rohlenlieferungen dienen.

Berlin, 17. Mai. Die in der deutschen und der ausländischen Presse häufig erwähnten Kohlen, die jetzt zur Linderung der durch den englischen Streik verursachten Kohlennot nach England gelangen, sind Kohlen, die Deutschland auf Grund des Spaas-Abkommens an die Entente liefern muß und die von Frankreich und Belgien nach England verkauft werden, während direkte Verkäufe von deutschen Produzenten nach England nicht stattgefunden haben. — In Wirklichkeit sollte diese Kohle doch zur Inbetriebhaltung der französischen und belgischen Industrie benötigt werden.

Die französische Hejpolitik.

Berlin, 17. Mai. Aus Paris wird gemeldet: Präsident Millerand hielt bei einer Zusammenkunft mit dem König der Belgier in Lille eine Rede, in der er u. a. sagte: „Die Stadt Lille und mit ihr Frankreich und ganz Belgien sind zu hoch besetzt, um an Ruhe zu denken. Was sie aber verlangen, ist Gerechtigkeit, Gerechtigkeit gegen das Volk, das den Krieg gewollt und entfesselt, Gerechtigkeit gegen das Volk, das vor dem Krieg sich geweigert hat, die freitragenden Fragen vor das Haager Gericht zu bringen, Gerechtigkeit gegen das Volk, das ohne militärische Notwendigkeit die Bergwerksindustrien und das Land verödet hat. Solange sich Deutschland weigert, seine Verantwortlichkeit anzuerkennen, wird ein wirklicher Friede in der Welt nicht möglich sein. Die Gewalt wird sich genötigt sehen, dem Recht Recht zu verschaffen.“ — Wenn Millerand von „Gerechtigkeit“ spricht, so meint er Gewalt.

Frankreich und der Vatikan.

Paris, 16. Mai. Liberté teilt mit, Senator Jonnart habe es abgelehnt, als Vertreter Frankreichs beim Vatikan nach Rom zu gehen. Das Blatt glaubt, daß die französische Regierung am Dienstag einen Berufsdiplomaten als außerordentlichen Gesandten beim Vatikan ernennen werde.

England auf der Hut vor dem Bolschewismus.

London, 14. Mai. Im Unterhaus erklärte Lloyd George gestern, die englische Regierung beobachte sehr genau die bolschewistische Propaganda und sei bereit, eine sofortige Aktion zu unternehmen, wenn sie gerechtfertigt sei gegen Personen, die die Saat der Revolution in England zu säen versuchen. — Das Haus ging darauf bis zum 24. Mai in die Pfingstferien.

Politischer Arbeiterstreik in Indien.

Paris, 17. Mai. Nach einer Havas-Meldung aus Kalkutta haben ungefähr 5000 Arbeiter der Tee-Plantage von Assam die Arbeitshäute verlassen, um sich nach Mittel-Indien zurückzuziehen. Es handelt sich um einen politischen Streik. Die Arbeiter sollen von Agitatoren aufgehetzt (1) sein. — Wenn die Indier sich nicht mehr unter das englische Joch beugen wollen, so sind sie natürlich „verhetzt“.

Die Amerikaner gegen ein Petroleummonopol.

Washington, 17. Mai. Hughes antwortete auf eine Anfrage im Senat, daß er jedesmal Vorstellungen bei den fremden Regierungen erheben werde, wenn Petroleum-Gesellschaften, die den Charakter eines Monopols haben, wo immer es auch sei, zum Schaden amerikanischer Bürger bewilligt werden.

Bermischtes.

Warum das Trierer Notgeld verboten wurde.

Berlin, 18. Mai. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ ist das von der Stadt Trier verausgabte Notgeld von den zuständigen Besatzungsbehörden verboten worden, weil auf den Scheinen das Schillerische Wort zitiert war: „Aus Vaterland, aus teure schließ dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen.“

Die Aufscheitern auf dem Papiergeld.

Die Reichsbank warnt das Publikum vor Annahme von Papiergeldscheinen, die zum Zweck politischer Propaganda mit Aufschriften, Ausdrücken usw. versehen sind. Die Reichsbank ist solche Scheine nicht ein.

Zugsentgleisungen in Frankreich.

Paris, 15. Mai. In der Nacht zum Sonntag sprangen 8 Wagen des Schnellzugs Paris-Toulouse aus unbekannter Ursache zwischen Uzès und Vigéris aus dem Gleise. Vier Personen wurden getötet. Ein zweites Unglück ereignete sich durch die Verstopfung der Strecke nach Perigueux, über die man den Verkehr zu leiten versuchte. 8 Wagen des Zugs 71 entgleisten am Bahnhof La Bachellerie. 7 Reisende wurden getötet, 33 schwer verwundet.

Niedgang des englischen Handels.

Der katastrophale Niedergang des englischen Handels infolge der fortgesetzten Arbeitsunruhen wird durch folgende Zahlen illustriert: Der Wert der Einfuhr im April betrug 90 Millionen Pfund Sterling, die Ausfuhr 68 Millionen. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres bedeutet das ein Niedgang der Einfuhr um 77 Millionen, der Ausfuhr um 46 Millionen. Da auch in den ersten Monaten dieses Jahres die Handelsbilanz sich dauernd verschlechtert hat, beträgt der Gesamttraggang für die ersten 4 Monate im Vergleich mit den gleichen Monaten des Vorjahres über 299 Millionen für die Einfuhr und 114 Millionen Pfund Sterling für die Ausfuhr.

Aus Stadt und Land.

Ergebnis der außerordentlichen Dienstprüfung.

Die erste Dienstprüfung für das höhere Lehramt, Frühjahr 1921, in der altsprachlichen Richtung hat u. a. bestanden: Reinhold Schmidt aus Calw.

Fortwissenschaftliche Jahresversammlung.

In diesen Tagen, am 18. und 19. Mai, hält der Württ. Fortverein hier in Calw seine fortwissenschaftliche Jahresversammlung ab. Diese ist von ungefähr 80 bis 100 Teilnehmern aus dem ganzen Lande besetzt. Die Verhandlungen tragen in erster Linie internen, fachwissenschaftlichen Charakter.

Die neue Milchverordnung.

Im Staatsanzeiger wird die neue Milchverordnung bekannt gegeben, die am 1. Juni in Kraft tritt. Die Bestimmungen bringen zwar für den Kuhhalter gegenüber dem bisherigen Zustand wesentliche Erleichterungen, doch bedeuten sie nicht ohne eine völlige Freigabe des Verkehrs mit Milch, wie vielfach angenommen wurde. In Wegfall kommen die bisherige Zwangserfassung (Stallkontrollen und Höchstpreis). Die Milchlieferungsverträge erfolgen, also ein Vertragsverhältnis mit Vertragspreisen. Um die Frischmilchversorgung der Verbraucher zu sichern, darf Vollmilch nur zur Butter- und Käsebereitung verwendet werden. In Bäckereien, Konditoreien, Speisewirtschaften darf Voll- und Magermilch, sowie Sahne nicht verarbeitet werden. Den Gemeinden ist die Möglichkeit gegeben, die Milchverteilung durch besondere Anordnungen zu regeln. Bei der Milch bleibt demnach, mit Ausnahme vom Zwang beim Erzeuger, alles beim alten. Bei Butter und Käse wird die Verteilung auf 1. Juni aufgehoben. Eine Preissteigerung wird wohl eintreten, da die Höchstpreise in Wegfall kommen. Die Ausfuhr aus Württemberg bleibt verboten.

Zur Erhöhung des Fahrpreises für Wochenkarten.

Nachdem sich bereits der Ortsausflug Pförzheim des Württembergischen Gewerkschaftsbundes protestierend an die württ. und Reichsregierung gewandt hat, auch der hiesige Ortsausflug zu der Frage Stellung genommen hat, ist mitzuteilen, daß nun das gewerkschaftliche Bezirkskartell für Württemberg und Hohenzollern nach dem Bekanntwerden der neuen Preistarife dem Reichsverkehrsministerium eingehend begründeten Protest gegen die bevorstehende Fahrpreiserhöhung hat zugehen lassen. Es ist zu hoffen, daß die Preise alsbald erniedrigt werden, denn nach dem neuen Tarif hätte ein Arbeiter für seine Wochenkarte jährlich (50 Wochen) auf der Strecke Nagold-Pförzheim 2000 Mark zu bezahlen, bei Beurlauben würde der Verdienst gar nicht für die Fahrt im Jahr ausreichen. Die schon hier und dort gehörte Auffassung, diese Arbeiter sollen nach Pförzheim ziehen, oder am Wohnort arbeiten, zeugt von Unkenntnis über die Verhältnisse, denn erstens herrscht in Pförzheim wie allerwärts eine große Wohnungsnot und zweitens würden die betreffenden Arbeiter in ihren Wohnorten gar keine Arbeitsmöglichkeiten finden, da sowieso schon meistens Arbeitslose vorhanden sind.

Erholungsurlaub der Beamten.

Durch eine Verfügung des Staatsministeriums wird der Erholungsurlaub der Beamten in vorläufiger Weise neu geregelt. Der Urlaubsdauer für die planmäßigen Beamten beträgt im allgemeinen und im Höchstmaß in der Befoldungsgruppe I-IV 21 Tage bis zum 30. Lebensjahr, 24 Tage bis zum 40. Lebensjahr und 28 Tage über 40 Jahre, in der Befoldungsgruppe V-VIII 24, 28 und 31 Tage, in den Gruppen IX-XII 28, 31 und 35 Tage, in der Gruppe XIII und für die Beamten mit Einzelgehältern 25, 28 und 42 Tage. Die außerplanmäßigen Beamten erhalten, sofern sie mindestens 6 Monate im Staatsdienst verwendet waren, den Urlaub wie die planmäßigen Beamten ihrer Befoldungsgruppe. Sofern sie den 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, wird der Urlaub im ersten Dienstjahr der außerplanmäßigen Dienstzeit um 7, im zweiten Dienstjahr um 5 und im dritten Dienstjahr um 3 Kalendertage gekürzt. Durch die Verlängerung der bisherigen Urlaubszeiten dürften die Staatskasse Stellvertretungskosten nicht erwachsen. Wenn nicht, muß der Urlaub der sich gegenseitig vertretenden Beamten gekürzt werden.

Wetter für Donnerstag und Freitag.

Der Luftdruck ist in seiner Verteilung beständig geblieben. Am Donnerstag und Freitag ist trockenes, noch wärmeres und etwas gewölkertes Wetter zu erwarten.

Gesetz über

Nach dem Gesetz über Staats- und Erbverleumdung der Verleumdungen um nach dieser durch Urteilen Abänderung des f. den Ländern bestehenden r. künft sicherzustellen und z. tionsgesellschaften, denen Genüge geschaffen konnte, sich über ihre Mitglieder stimmt, daß die Stande sich solcher über die vorzunehmen haben um anungen regeln. In Württ. nicht gemacht, bei Ehegionsbelauntes der Ehele in die statischen Verzei- jaie aufzunehmen. Durch bestimmt, daß die Stande von Geburten ehelicher Kinder unehelicher Kinder zu vermerken haben. Die Zust ist durch die Stand beantragten jederzeit Eigungsgesellschaft betreffende träge in die statischen

Eröffnung der

(EGB.) Stuttgart, 1. durch einen schlichten Feste 1921 eröffnet. Der 1. Staatsgenossenschaft, Fe n die Bedeutung der Kunst i- berufen sei, den Völkern i- hierher hielt darauf na- nationaler Sorge und No- genossenschaft an, die schwi- Land durch eine deutliche Kunst zu erwecken. Es Ehre, namens der württer- men hier willkommen zu kommt, jede Förderung i- hat ja der Plan zu einer geistigen inneren Zustän- gehindert. Wenn nimm- unternommen wurde, so d- für erblickt, daß die Nub- Durchführung einer folgen- in der Gedanke erwogen i- lehrjahr die Veranstaltung- bauen darüber Ausdruc- einer solchen gemeinschaft nicht zugelassen hat, zugle- meine Deutsche Kunstgen- lungen zur Befähigung d- auch Mitglieder des Stu- füllung beteiligen. Gerne- die der Vorhände in sein- und gewissermaßen als Le- füllung vorangestellt hat. macht unseres Staates un- alle die geistigen Güter y- keine Niederlage und fei- runden oder verkürzen kann- wert ist, das die rauen s- rlicher Art angeordnet hob- die geistigen Güter, die u- und ungeschätzten Gütern- Kunst, deren göttlicher Ve- kumal Freude und Trost-

Der Kam

Erzählung Sie dachte an das K- des sei, etwas, für das- schüler in diesem wegwe- ihr Ohr schlug. So hatte sie Haus G- ihr unten in der Halle d- weiten wolle, hinaus a- einen Bergeschnitt weic- welches die Straße zieh- zwei andere Mäde ware- sich eilig angeschloffen, Garten des Edelhofs, der- mand lehnte, dann über- Viertelstunde weit der W- kenz, an dem mehrere W- als wenig begangener We- auf der die vorbeizieh- liej mehr links in die r- dieser Stelle sichtbar we- die das kleine Tal umg- lehtere Weg, wenn man i- Waldläufer folgte, auf die- auf Nischenburg laufen- Ein dritter Weg, ein- sentle vom Steinkreuz ab- her durch den Grund des- Werten, in welcher wir- selben Wege einen Ausg-

piegers.
nahme von Waschen
nda mit Aufschicht
schbant ist Folge

Frei.
Sonntag sprangen
aus unbekannter
dem Gleise. Vier
küz ereignete sich
über die man
des Zugs 71 ent
fende wurden ge

ndels.
Handels infolge der
Zahlen Minderer
tionen Pfund Steu
en gleichen Monat
für um 77 Millio
den ersten Monat
verschlechtert hat
4 Monate im Ver
ber 299 Mill.
Millionen Pfund

nd.
Dienstprüfung.
Lehramt, Prüfjahr
t. u. a. befan:

Sammlung.
hält der Welt
irtschaftliche
von ungefähr 80
nde besucht. Die
en, sachwissen

ng.
Anordnung der
Die Bestimmung
er dem bisherigen
uten sie nicht eine
h, wie vielfach an
sisherige Zwangs
Die Milchliefer
Schnittmuster
hältnis mit Ver
der Verkäufer
Butter- und Käse
en, Konditoreien
ich, sowie Säb
die Möglichkeit
Anordnungen z
Ausnahme vom
Bei Butter und
oben. Eine Preis
preise in Wegfall
eibt verboten.

Wochenkarten.
heim des Wä
an die wirt
die geistigen Gü
ist mitzuteilen, d
emberg und H
statische dem N
gegen die bew
Es ist zu hoffen
nach dem neue
heltlich (50 Wochen
er zu bezahlen, d
die Fahrt im Jahr
uffassung, die
Wohnorte arbeit
n erstens herrsch
snot und zweite
orten gar keine
ns Arbeitslose vor
ben.

anten.
ans wird der Gr
neu geregelt. D
ragt im allgem
IV 21 Tage bis zum
r und 28 Tage über
4, 28 und 31 Tage
age, in der Grupp
fern sie mindestens
den Urlaub wie die
e. Sofern sie dal
der Urlaub im ersten
7, im zweiten Dienst
alenberstage schick
szeiten dürfen die
sen. Wenn nicht
den Beamten schick

Freitag.
abig geblieben.
hemeres und ein

Gesetz über den Personenstand.

Nach dem Gesetz über den Personenstand sind in den Geburts-, Heirats- und Sterberegistern die Angaben über die Religion der Eltern der Verlobten und des Verstorbenen in Wegfall gekommen. Um nach dieser durch Art. 136 Abs. 3 der Reichsverfassung verlangten Abänderung des früheren Zustandes die Fortführung der in den Ländern bestehenden religionsstatistischen Erhebungen für die Zukunft sicherzustellen und zugleich die berechtigten Interessen der Religionsgesellschaften, denen bis dahin mittels Einsicht der Register Einsicht gegeben wurde, zu wahren, insbesondere ihnen die Ueberprüfung über ihre Mitglieder auch weiterhin zu ermöglichen, wurde bestimmt, daß die Standesbeamten statistische Erhebungen, einschließlich solcher über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft, vorzunehmen haben und daß das Nähere die Ausführungsbestimmungen regeln. In Württemberg ist den Standesbeamten schon zur Pflicht gemacht, bei Eheschließungen und bei Sterbefällen das Religionsbekenntnis der Eheleute und des Gestorbenen zu erheben und in die statistischen Verzeichnisse der Eheschließungen und der Sterbefälle aufzunehmen. Durch das Justizministerium wird nun weiter bestimmt, daß die Standesbeamten in gleicher Weise bei Anzeigen von Geburten ehelicher Kinder die Religion der Eltern, von Geburten unehelicher Kinder die Religion der Mutter zu erheben und zu vermerken haben. Die den Religionsgesellschaften zustehende Einsicht ist durch die Standesbeamten in der Weise zu erteilen, daß die Aufzeichnungen jederzeit Einsicht in die Angehörigen ihrer Religionsgesellschaft betreffenden Religionsvermerke und in die Einträge in die statistischen Verzeichnisse und die Standesregister gewährt wird.

Eröffnung der deutschen Kunstausstellung.

(S. 3.) Stuttgart, 14. Mai. Am Samstag vormittag wurde durch einen feierlichen Festakt die Deutsche Kunstausstellung Stuttgart 1911 eröffnet. Der 1. Vorsitzende der Allgemeinen Deutschen Kunstgenossenschaft, Fenzl, führte in einer längeren Rede die Bedeutung der Kunst vor Augen und wies darauf hin, daß diese helfen sei, den Völkern zu überwinden. Staatspräsident Dr. Hieber hielt darauf folgende Ansprache: In Tagen tiefer nationaler Sorge und Not schied sich die Allgemeine Deutsche Kunstgenossenschaft an, die schwäbische Landeshauptstadt und mit ihr unser Land durch eine deutsche Ausstellung an Völkern der bildenden Kunst zu erfreuen. Es gereicht mir zur besonderen Freude und Ehre, namens der württembergischen Staatsregierung ihr Unternehmen hier willkommen zu heißen und ihm, soweit es auf uns ankommt, jede Förderung zuzusagen. Schon die letzten Jahre her hat ja der Plan zu einer solchen Ausstellung bestanden, die nicht geistigen inneren Zustände haben immer wieder seine Ausführung verhindert. Wenn nunmehr in diesen Frühlingstagen das Wagnis unternommen wurde, so dürfen wir darin zugleich ein Zeichen dafür erblicken, daß die Ruhe und Ordnung in unserem Lande für die Durchführung einer solchen Ausstellung gewährleistet scheinen. Es ist der Gedanke erwogen worden, zusammen mit dem deutschen Künstlerbund die Veranstaltung zu unternehmen. Ich möchte dem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß Raummangel die Ausführung einer solchen gemeinschaftlichen Ausstellung in größerem Rahmen nicht zugelassen hat, zugleich aber der Genehmigung, daß die Allgemeine Deutsche Kunstgenossenschaft auch an Nichtmitglieder Einladungen zur Befähigung der Ausstellung hat ergehen lassen und daß auch Mitglieder des Stuttgarter Künstlerbundes sich an der Ausstellung beteiligen. Gerne knüpfte ich an die schönen Gedanken an, die der Vorsitzende in seiner Eröffnungsansprache soeben ausgesprochen und gewissermaßen als Leitgedanken dem Unternehmen dieser Ausstellung vorangestellt hat. Je mehr die Not unseres Volkes, die Dummheit unseres Staates uns niederdrückt, umso sorglicher wollen wir alle die geistigen Güter pflegen, welche kein Feind und kein Krieg, keine Niederlage und kein Feindesbistat übermächtiger Sieger uns rauben oder verdrängen kann. Denn je furchtbarer das Vernichtungswort ist, das die rauhen Kriegsjahre an Gütern und Werten materieller Art angerichtet haben, umso wertvoller und heiliger sind uns die geistigen Güter, die uns geblieben. Zu diesen unverletzlichen und unzerstörbaren Gütern gehört in vorderster Reihe unsere deutsche Kunst, deren göttlicher Beruf es ist, gerade in Tagen der Not und Armut Freude und Trost und Erhebung zu schaffen. Der Krieg

hat nicht vermocht, das Suchen nach Schönheit und das Schaffen von Schönheit, dieses menschliche Lebensbedürfnis von den uraltesten Zeiten unseres Geschlechts an, zu zerstören. Und ob auch durch all das Furchtbare dieser letzten sechs, sieben Jahre die innere, geistige und sittliche Gesundheit unseres Volkes weithin angegriffen, ja zerstört worden ist, immer noch scheint die Hoffnung nicht vergeblich zu sein, daß aus all den erschütternden äußeren und inneren Ergebnissen dieser Jahre eine Vertiefung und Verinnerlichung der deutschen Kunst, eine Vertiefung auch im Erassen und Verstehen der Kunst erwächst. Man kann uns berauben und betrügen, uns ausstoßen wollen aus der Gemeinschaft der Völker — aber man kann uns nicht den Geist nehmen, der da glaubt an das Hohe und Reine und Schöne und der in diesem Glauben unvergängliche Werte schafft, die ein ganzes Volk erfreuen und erheben. Ich spreche heute schon den Dank aus dem kleinen Kreis von Männern, die keine Mühe gescheut haben, um diese Ausstellung vorzubereiten und vor uns auszubereiten, den Dank an die kunstliebenden Persönlichkeiten, die ihre Mitarbeit und Hilfe zur Verfügung gestellt. Möge die Ausstellung vielen Tausenden in Stadt und Land durch die Schönheit, die von ihr ausstrahlt, Aufrichtung und Erhebung, Erquickung und innere Spannkraft gewähren! Lassen Sie mich schließen mit dem Wort eines unserer neueren schwäbischen Dichter: „Ich sage Euch: Ohne die Kunst sind wir verlorene Leute; wir können hart, arm und dürrig wohnen und leben — aber die Sonne, der hellen Geist der Schönheit brauchen wir mehr als je.“ Möge aus diesen schönen Räumen und diesen Kunstwerken die Sommermonate hindurch in das schwäbische, in das deutsche Volk und Land eine solche Sonne hinansirahlen. (Beifall). — Bürgermeister Klein begrüßte die Ausstellung namens der Stadtverwaltung und überbrachte herzlichen Glückwunsch. Auch er wies darauf hin, daß die Kunst und das künstlerische Schaffen uns in dieser Notzeit erheben und erfreuen können. Staatspräsident Dr. Hieber erklärte hierauf die Ausstellung für eröffnet. Ein Rundgang schloß sich an, der ein überaus reiches Bild des künstlerischen Schaffens zeigte. Die stimmungsvollen Räume des Kunstgebäudes sind trefflich ausgenutzt und zeigen Gemälde, Landschaften, Skulpturen in bunter Abwechslung. Einzelne expressionistische Werke fehlen nicht.

Eine Jubiläumsnummer.

(S. 3.) Münsingen, 13. Mai. Der „Altbote“, eine der ältesten Zeitungen des Landes, hat zum Gedächtnis der Tatsache, daß er jetzt seit 1861 im Besitze der Familie Baader ist, eine Jubiläumsnummer herausgegeben. Das Blatt erschien 1827 zum erstenmal unter dem Titel „Intelligenzblatt für die Oberämter Ehingen und Münsingen“ und wird seit 1838 in Münsingen gedruckt. Der jetzige Herausgeber, A. Baader, hat sich ein Verdienst um die Ausgestaltung der Festausgabe erworben, die literarisch wertvolle Beiträge aus der Geschichte von Blatt und Bezirk, interessante Preisstatistiken, wirtschaftliche Uebersichten und persönliche Reminiszenzen enthält. Dem Verlag sind zu seinem Ehrentage zahlreiche Glückwünsche zugegangen, darunter solche vom Verein Württembergischer Zeitungsverleger, der Presseabteilung des Staatsministeriums, vom Oberamt und Stadtschultheißenamt. Es gereicht dem Prinzipal, sowie den Angestellten zur Ehre, daß von den Gehilfen August Kege l seit 49 und August Bauer seit bald 25 Jahren in der Buchdruckerei Baader tätig sind. Die Jubiläumsnummer besitzt für Freunde der Art und alle, die dem Bezirk Münsingen entstammen, dauernden Wert.

(S. 3.) Heilbronn, 16. Mai. In Karlsruhe wurde ein Gärtner festgenommen, der von der Staatsanwaltschaft Heilbronn wegen Werbung zur Fremdenlegion ausgeschrieben war.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

Man färbe daheim nur mit echten Brauns'schen Stofffarben und fordere die lehrreiche Gratisbroschüre No. Z. von Wilhelm Brauns, Gesellsch. m. beschr. Haftung, Quedlinburg a. H.

Dirndlkleider.

Die Ferien- und Urlaubsfreien nahen, und es heißt, neben vielen anderen Besorgungen auch die notwendige Garderobe zusammenstellen. Fängt man damit zu arbeiten an, so erspart man sich manche unnütze Aufregung und lauft vor allem nicht unpraktisch. Gerade aber bei einer kleinen Sommerfrische, mit der wohl die meisten Frauen heute rechnen müssen, spielt das Wörtchen „praktisch“ die Hauptrolle. Ein einfaches Kostüm mit Sportkluse, ein paar Mittelkleidchen werden meist die ganze Ausrüstung sein. Geht es aufs Land oder ins Gebirge, kommt als Ergänzung das praktische und bequeme Dirndlkleid hinzu. Es ist unendlich kleidsam. Nicht einmal eine Altersgrenze kann man dafür festsetzen, denn nicht nur junge Mädchen, sondern auch ältere Damen sehen gut darin aus, vorausgesetzt, daß man es nicht zu einem Mastenballanzug macht, sondern nett und einfach verarbeitet. Nötes Röschchen und Samtnieder mit Silbermünzen wirken ja im Tanzsaal gewiß „alpin“, rufen aber in Gottes freier Natur nur den Spott den Einheimischen



K 659. Dirndlkleid aus gemustertem Stoff mit Schürze. K 1145. Dirndlkleid aus gemustertem Stoff m. Schößen. K 801. Dirndlkleid aus gemustertem Stoff mit Schürze.

heraus. Ein einfaches Kattunkleid sieht da viel hübscher und feiner aus. Und wie viele Variationen der einfachen Dirndlkleider gibt es! Man arbeitet sie meist aus geblühten Baumwollstoffen oder Kattun und wählt wohl auch mal das einfarbige Nieder aus grobem Leinen zum gemusterten Rock. Moderner, wenn man in diesem Fall so sagen darf, ist derbes kariertes Leinen, wie man es früher für Bettbezüge verwendete. Alle diese Stoffe werden ziemlich gleichmäßig verarbeitet. Sie haben zum weiten Rock das anliegende, vorn durchgehknöpfte Leibchen. Nur der Ausschnitt ist mal spitz, rund oder viereckig. Ein mehr oder minder breites Samtband umrahmt den Hals, und auch eine dunkle Blende sieht gut aus. Gewöhnlich ist eine einfache, möglichst herbe Spitze dagegen gefestigt, oder Häutelet, in drei- oder mehrfarbigen Stäbchenreihen übereinanderlegend, gibt den Abschluß. Auch farbenfrohe Stäbchen im bäuerlichen Geschmack ist hier und wieder zu sehen, ebenso ausgeschnittene Nieder mit kleinen Extrahemden. Man kann zu all diesen Trachten Schürzen tragen, nötig ist es aber nicht; vor allem dürfen sie nicht als „Tändelschürzchen“ wirken, sie müssen schon aus grobem Leinen oder Satin gearbeitet sein.

Anna P. Wodokind.

Der Kampf im Speffart.

Erzählung von Levin Schücking.
Sie dachte an das Kind, als ob es etwas ihr Nahestehendes sei, etwas, für das ihr die Sorge bleibe, wenn sein Beschützer in diesem verwegenen Kampfe falle, dessen Widerhall an ihr Ohr schlug.
So hatte sie Haus Goshenwald verlassen. Eine Magd hatte ihr unten in der Halle des Hauses zugerufen, ob sie dieselbe Feldeinen wolle, hinaus auf eine Höhe, von welcher man durch welches die Straße ziehe und der Rückzug der Feinde gehe; zwei andere Mägde waren schon voraus dahin. Benedicte hatte sich eilig angeschlossen, und durch eine Hintertür, durch den Garten des Edelhofs, der an der hintern Seite sich an die Bergwand lehnte, dann über einen handigen Fußweg war sie eine Viertelstunde weit der Magd gefolgt bis zu einem alten Steintreuz, an dem mehrere Wege auseinanderliefen. Der eine führte als wenig begangener steiler Fußweg rechts zu der Höhe hinan, auf der die verheißene Aussicht sich bieten sollte, der andere lief mehr links in die nordöstliche Talsacke hinein, wo ein an dieser Stelle sichtbar werdender Einschnitt in die Bergwände, die das kleine Tal umgaben, einen Ausgang in die dahinterliegenden Waldtäler zu öffnen schien. In der Tat führte dieser letztere Weg, wenn man seinen Windungen durch mehrere kleine Waldtäler folgte, auf die von uns erwähnte zweite, über Lohr auf Schaffenburg laufende Speffartstraße.
Ein dritter Weg, eine Fortsetzung des letztern nach Westen, lenkte vom Steintreuz ab sich abwärts, um unter Goshenwald her durch den Grund des Tales zu laufen, in der Richtung nach Westen, in welcher wir den General Duwignot sich auf diesem selben Wege einen Ausgang aus dem Tale suchen sahen.

Benedicte nahm, als sie an dem alten Steintreuz angekommen war, einen Trupp bewaffneter Männer wahr, welcher aus dem erwähnten Bergeschnitt von Nordosten her auf sie zugetraht kam und dessen vorderster sie, als sie sich rasch entfernen wollte, anrief.
Der Reiter waren sechs, zwei ritten voraus, die vier andern in einer Gruppe zusammen. Zwei von diesen letztern trugen leichte weiße Staubmäntel über hechtgrauen Uniformen und roten Beinkleidern, die andern waren in weißen Röcken, nur die vorderstehenden trugen die dunkelblauen Uniformen ungarischer Husaren.
So wenig sich Benedicte darauf verstand, erkannte sie doch sofort, daß sie österreichische Offiziere vor sich hatte, wie es schon Stabsoffiziere.
Sie blieb an dem Steintreuz stehen und war bald von ihnen umgeben.
„Demoselle,“ sagte, sich von seinem schnaubenden schweißbedeckten Pferde zu ihr niederbeugend, einer der Männer in der hechtgrauen Uniform mit einem sehr wohlklingenden Organ und einer freundlichen Betonung, die mit dem langen, ernsten Gesicht des noch jungen Mannes im Kontrast stand, „Sie werden die Güte haben, uns einige Auskunft zu geben. Zuerst, ist das dort Haus Goshenwald?“
„Es heißt so!“ antwortete das junge Mädchen unter heftigem Herzlopfen und in einer Verwirrung, welche es ihr unmöglich machte, sich zu besinnen, woher ihr das Gesicht mit der ungewöhnlich hohen Stirn, den gedehnten Zügen, der stark ausgebildeten Unterlippe und dem langen Kimm bekannt sei, wo sie es gesehen haben könnte.
Der junge Mann nickte mit dem Kopfe und sagte: „Ich danke Ihnen. Ist der Hof besetzt?“

„Nein, er ist ohne Verteidiger.“
„Ich meine, ob Franzosen da sind, oder ob sie dort waren?“
„Franzosen? Nein!“ wiederholte Benedicte, die ja nicht wußte, was seit ihrem Fortgehen von Goshenwald dort geschehen.
„Wie weit sind wir hier von der Heerstraße, über welche der Rückzug der Franzosen sich bewegt?“
„Etwa dreiviertel Stunden.“
„Führt von dem Hofe Goshenwald eine so breite Straße hinab nach dieser Heerstraße, daß eine geschlossene Kolonne — Sie verstehen mich — Bataillon, ein Regiment darauf marschieren könnte? Würde man Artillerie dahin bringen können?“
„Es führt ein Weg, der befahren werden kann, von Haus Goshenwald nach der Heerstraße; er führt von Goshenwald links über eine Einsattelung, dann durch eine Schlucht an einer Mühle vorüber.“
„Und er kann befahren werden?“
„In der Tat, aber wohl nur mühsam; er ist sehr schlecht zu gehen; ich kann nicht darüber urteilen, ob Geschütze —“
„Ich danke Ihnen,“ sagte der junge Stabsoffizier noch einmal, und dann sich zu dem andern Offizier in der hechtgrauen Uniform wendend, fuhr er leise redend fort: „Wir wollen Strassoldo mit seiner Batterie bis auf weiteren Befehl stehen lassen, aber die zwei Bataillone Abpfalern und eine Kompanie Kaiserjäger sollen vorgehen, die Kaiserjäger als Letztere natürlich; ich will auf dem Hofe da vor uns die Meldungen erwarten. Wenn sie an der Heerstraße angekommen sind und da in die Verfolgung eingreifen, soll es mit sofort gemeldet werden, wir wollen dann sehen, wie viel Mannschaft wir nachrücken lassen können.“

(Fortsetzung folgt.)

KENNEN

Städtische Lebensmittel-Versorgung.
Auf Lebensmittelkarte Nr. 241 kann bis Freitag, 20. Mai, Rüs bestellt werden. Die Kleinhändler wollen die Bestellmarken am Samstag, 21. Mai, vormittags von 8-10 Uhr auf dem Rathaus abliefern. Gleichzeitig wollen auch die Zuckerbestellmarken abgeliefert werden.
Butterkarte 2 kann eingelöst werden.

Amtsgericht Calw.

Im Genossenschaftsregister wurde heute neu eingetragen: **Wohlfahrtsgenossenschaft Simmozheim**, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Sitz in Simmozheim.

Statut vom 14. April 1921.
Zweck der Genossenschaft ist die Verwertung der Milch auf gemeinschaftliche Rechnung und Gefahr. Außerdem kann dieselbe für ihre Mitglieder den gemeinschaftlichen Ankauf landwirtschaftlicher Bedarfsgegenstände vermitteln.

Die Haftsumme der einzelnen Genossen (§ 2 des Gesetzes) ist auf 100 Mark bestimmt.

Ein Genosse kann sich mit höchstens zehn Geschäftsanteilen beteiligen. Die Übertragung der Geschäftsanteile nach § 76 des Genossenschaftsgesetzes ist nur mit Genehmigung des Vorstandes statthaft.

Für die Aufkündigung der Mitgliedschaft ist eine Frist von 3 Monaten festgesetzt.

Die Vorstandsmitglieder sind: Erwin Fischer, Schultheiß, Vorsteher, Friedrich Koff, Landwirt, Stellvertreter des Vorstehers, Heinrich Nühle, Gipsler, sämtliche in Simmozheim.

Rechtserbindliche Willenserklärung und Zeichnung für die Genossenschaft erfolgen durch den Vorsteher oder seinen Stellvertreter und ein weiteres Mitglied des Vorstandes. Die Zeichnung erfolgt, indem der Firma die Unterschriften hinzugefügt werden.

Die Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter der Firma derselben und gezeichnet durch den Vorsteher bzw. den Vorsitzenden des Aufsichtsrats im Amtsblatt des Oberamtsbezirks.

Die Einsicht der Liste der Genossen ist während der Dienststunden des Gerichts jedem gestattet.

Den 14. Mai 1921.

Der Gerichtsschreiber Oberst. Hirth.

Sofort zu verkaufen:

Ein 2 Familien-Bohnhaus,

Strecke Calw-Bfrozheim, in gutem Zustande und preiswert. Anzahlung 25-30000 M. 2 Zimmer, Wohnung, Küche, bis 1. Juli beziehbar. Zugang vorhanden.

Erfolgreiche Käufer erhalten Auskunft durch

J. Proß, Immobilien und Hypotheken

Bad Teinach (Rückporto erbeten).

NB. Ich suche für einen zahlungsfähigen Käufer ein kleines od. mittleres

Bohnhaus in Calw

zu kaufen. Bedingung: Wohnung frei. Angeb. an

F. K.

Donnerstag, den 19. Mai, Nachm. 2 1/2 Uhr im Dekanathaus.

Salz- u. Pfeffer-Schnauzer verlaufen.

Vor Ankauf wird gewarnt. Um sachdienliche Mitteilung gegen Belohnung bittet

Otto Stikel, Kaufmann, Calw.

Wohnungs-Tausch.

Sonnige 2-Zimmer-Wohnung mit Kammer, Küche und Zubehör gegen Tausch zu vergeben. Zu erfragen

Zwinger 298 II.

Wohnhaus

in Calw 1-2 Stockig, mit etwas Garten, zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe unt. N. 3.112 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Eugen Lebzeller :: Calw

Schlossermeister, Lederstrasse, Tel. 178.

Oekonomie- u. Wirtschaftsherde
Haushaltungs- u. Siedlungsherde
Oefen aller Arten

Kupferschiffe jeder Grösse
Waschkessel, Metzgereikessel

in guter, moderner Ausführung.

Warum ist die Anzeige in der Tageszeitung die erfolgreichste Reklame?

Die Tageszeitung wird in allen Schichten der Bevölkerung gelesen; sie geht in den Familien von Hand zu Hand, liegt in den Fabrik- u. Handelskontoren, in den Schreibstuben der Behörden auf, sie wird täglich von Tausenden an zahlreichen Verkehrs- u. Gaststätten zur Hand genommen. Verbreitung und Lesenszeit d. Tageszeitung vereinigen sich so zu außerordentlicher Werbewirkung.

Fahrrad-Gummi

Laufbecken und Schläuche billig!!!
Verl. Sie sofort Preisliste kostenlos. E. Müller & Co. Gummi-Großhandlung, Leipzig-Gohlis 152.

Hirsau.

5 Ententüden 2 Ribben

je 14 Tage alt, zu verkaufen. Liebenzellerstraße 145 a (früher elektrisches Werk.)

Hirsau.

Alte Dachziegel

hat zu verkaufen. Eugen Ganzhorn, z. Schwane.

Ein Paar silberplattierte Chaisengehirre,

einen starken Langholzwagen, sowie einen Metzgerwagen

verkauft am Samstag, den 21. Mai mittags 1 Uhr. Jakob Fischer, Bauer, Güttingen D.M. Nagold.

Mithingstett.

Ein starkes



Läufer-Schwein

hat zu verkaufen. Straite, Schneidermeister.

Grasertrag

66 ar auf dem Bindhof für 1921 zu vergeben. Alte Handlungsschule.

Landwirte!

Zur Bekämpfung von Krankheiten d. Schweine spez. Krampf u. Nottlauf, z. Aufzucht u. Erhaltung eines gesunden Tierbestandes gebraucht einzig und allein die ächte Hirsch-Universal-Komposition.

Niederlage in der Neuen Apotheke Calw.

Avenarius-

Carbolineum

ist eingetroffen u. empfiehlt H. Hauber.

SIE

Regimentstag Feldart.-Regts. 29 am 22. Mai.

Anmeldungen an G. Fällner, Ludwigsburg, nicht vergessen.

Ref.-Inf.-Regt. 246.

Sonntag, 29. Mai 1921, vormittags 11 Uhr, findet in Eßlingen die

Weihe des Gedenksteins für die Gefallenen des Regiments

statt. Sammlung 10 Uhr vormittags auf dem Marktplatz. Nachmittags 3 Uhr Zusammenkunft in Kugelsaal. Der Erscheinen sämtlicher 246er wird erwartet. Die Angehörigen insbesondere der Gefallenen werden herzlich eingeladen.

Anmeldungen für Nachtquartier an Kamerad Degler, Eßlingen, Panoramastraße 12.

Der Ausschuss der Vereinigung ehem. 246er.

R.-I.-R. 120.

Regimentszusammenkunft in Stuttgart.

Samstag, 28. Mai 7³⁰ abends

Begrüßungsabend: Saal* des Restaurants Friedrichsbau.

Sonntag, 29. Mai 11⁰⁰ vorm.

Totengebächtnisfeier, Garnisonkirche (auch für die Angehörigen)

Sonntag, 29. Mai 1³⁰ nachm.

kameradschaftliches Zusammentreffen Saalbau Wulle, Neckarstraße.

Sämtliche Regimentskameraden mit Angehörigen sind herzlich eingeladen. Rückfragen an Rob. Schopf, Stuttgart, Bergstraße 5.

Der Ausschuss.

Autoreparaturen, Maschinenreparaturen, Motorenreparaturen, Neueinrichtungen,

Schweißen von gebrochenen Eisen- und Maschinenteilen, werden pünktlich und sachmännisch ausgeführt bei

Friedrich Huber, Unterreichenbach
Maschinenwerkstätte
Telefon Nr. 17.

Landhaus

(Ein- oder Zweifamilienhaus) mit Garten, bald beziehbar, wird zu kaufen gesucht. Größere Anzahlung wird gemacht.

Gefällige Angebote unter N. 3.110 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

1-2 Gipser

können sofort eintreten bei Eugen Widmann, Gipsergeschäft.

Zu kaufen gesucht!

Hotels, Villen und Landhäuser, Konditoreien, Bäckereien, Mühlen und Sägewerke, Wolff, Moos & Co., S. m. b. H., Bensheim.

Suche ein Mädchen

für Küche und Haushalt.

Frau Walter, zur „Schwane“.

Zwei gebrauchte

Herbe

verkauft Eugen Lebzeller.

MARION?

Zur Ausführung elektrischer Licht- und Kraftanlagen, sowie Klingel-Anlagen, Reparatur an Motoren usw.

empfiehlt sich

Adolf Braun, Calw,
Installations-Geschäft, Biergasse 128

FRED

Werbe-Drucksachen

in vorbildlicher Anordnung und bester, vornehmer Ausstattung

A. OELSCHLÄGER'SCHE BUCHDRUCKEREI, CALW

Lederstraße Nr. 151 — Fernsprech-Nummer 9



Nr. 118.

Erscheinungswerte: 6 Wochen 24. — Auf 8

Die ober

Fortbauer be

Berlin, 19. Mai. Säu-
denen darauf hin, daß
eine Entspannung der
der polnischen Insurgenten
Güterbahnhof wurden mel-
In Königshütte wurde
Polen ausgeplündert.

Nach einer Meldung be-
gen Tagen 75 neue Feld-
Insurgenten transportiert
richtet von zwei Becordnu-
rungsgewalt anmacht und
kommissionen bedeutet. In
von Jaglungsmitteln aus
bei schwerer Strafe verbot
die Generaldirektoren der
bestehen, aufgefordert, dort
des Betriebs, widrigenfall
ausgehües selbst Wagnis
Ordnung ergreifen würden

Berlin, 19. Mai. Rad-
Eohn des Fabrikverlegers
Insurgenten verschleppt.
Ruhbil aufgefunden. Sie
Oppeln, 18. Mai.

Nach wie in Kattowitz an
Lokomotiven gestohlen.
Deußen werden stärkere
Von einem Rückzug der
nichts zu bemerken. Im
fanths haben im Kreise
der Jahre Mikosel verstär-
legten. Aus dem Kreis
nisher Streifen gemelde
Insurgenten besetzt, die
der räumten. Während
der Stadt kam es zu Aus-
schleifer und zur Plünder-
Groß-Streiftig ist ein Be-
scheitert. Im Kreise Kr
Wöhü und Gohle an.
werden und die Polen it
wih zu räumen. Die
durch Feuerwirkung aus
polnischem Gebiet liegt,
Stadt Kattowitz belagert.

Die polnischen Postierun-
rkaden errichtet, die jede-
wied auch die Zufuhr
Kattowitz unmöglich gen
heute erneut beim Kreis
stärkste Maßnahmen gege-
bet an die Direktion der
eine Aufforderung gericht
polnischen Oberkontrolle
von den Richterhöchsten
uowice zu senden. Der
maßnahmen angebroht, fe
nicht fügen würde. Da-
ten Kommission ist von
Reuninis gesetzt worden.
erneut einige Gruben un-
beit wieder aufgenommen
jwar aus wirtschaftlichen
von den Insurgenten mi-
krichen wurden.

Einsp ruf der
von Frei

Berlin, 18. Mai. Den
terallierten Militärkontroll
genießen wird, daß in der
lung von Freiwilligen für
gefordert, sofort Maßnah
die im Widerspruch zu den
den, zu verhindern und die
beten Formationen herbei
um Mitteilung der zu di
Die Regierung hat einen
Wir dürfen uns also nicht